

Präsident Carstens

- (A) halle des Deutschen Bundestages ausstellen möchte, damit ihn möglichst viele Kollegen sehen können. Ich möchte der Frau Präsidentin Helgadóttir auch bei dieser Gelegenheit für dieses sinnreiche Geschenk unseren herzlichen Dank sagen.

(Beifall auf allen Seiten)

Als Nachfolger für den durch Verzicht am 6. Juni 1977 ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Nothhelfer hat der Abgeordnete **Kolb** am 10. Juni 1977 die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag erworben. Ich begrüße den neuen Kollegen sehr herzlich und wünsche ihm eine erfolgreiche Mitarbeit im Bundestag.

(Beifall)

Auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU sollen im **Vermittlungsausschuß** folgende Mitglieder bestellt werden: an Stelle des Abgeordneten Pfeifer als ordentliches Mitglied der Abgeordnete **Franke**, an Stelle des Abgeordneten Dr. Wallmann, der gestern aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden ist, als ordentliches Mitglied der Abgeordnete **Rawe**, als Stellvertreter des Abgeordneten Rawe der Abgeordnete **Dr. Häfele** und als Stellvertreter des Abgeordneten Vogel (Ennepetal) der Abgeordnete **Dr. Lenz** (Bergstraße). Ich frage das Haus, ob es damit einverstanden ist. — Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann stelle ich fest, daß die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder so, wie ich es soeben verlesen habe, bestellt worden sind.

- (B) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung soll Punkt 9 der **Tagesordnung** — Entwurf eines Gesetzes über die Zeitbestimmung — abgesetzt werden. — Das Haus ist auch damit einverstanden, und damit ist es so beschlossen.

Ämtliche Mitteilungen ohne Verlesung

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 3. Juni 1977 zu den nachstehenden Gesetzen keinen Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 GG gestellt:

Gesetz zur Änderung sachenrechtlicher, grundbuchrechtlicher und anderer Vorschriften

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 30. August 1961 zur Verminderung der Staatenlosigkeit und zu dem Übereinkommen vom 13. September 1973 zur Verringerung der Fälle von Staatenlosigkeit

Ausführungsgesetz zu dem Übereinkommen vom 30. August 1961 zur Verminderung der Staatenlosigkeit und zu dem Übereinkommen vom 13. September 1973 zur Verringerung der Fälle von Staatenlosigkeit (Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit)

In der gleichen Sitzung hat der Bundesrat ferner verlangt, daß zu den nachstehenden Gesetzen der Vermittlungsausschuß einberufen wird:

Neuntes Gesetz über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes (Neuntes Anpassungsgesetz — KOV — 9. AnpG-KOV)

Gesetz zur Zwanzigsten Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (Zwanzigstes Rentenanpassungsgesetz — 20. RAG)

Gesetz zur Dämpfung der Ausfallentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz — KVKC)

Seine Schreiben sind als Drucksachen 8/551, 8/556 und 8/557 verteilt.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 27. Mai 1977 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Funke, Frau Schürdardt, Dr.-Ing. Laermann, Mölleman, Lattmann, Dr. Meinecke (Hamburg), Voigt (Frankfurt), Weisskirchen (Wiesloch) und der Fraktionen der SPD, FDP betr. Numerus clausus und Lehrverpflichtungen an deutschen Hochschulen (Drucksache 8/430) beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/527 verteilt.

Der Bundesminister der Justiz hat mit Schreiben vom 2. Juni 1977 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Langner,

Erhard (Bad Schwalbach), Dr. Klein (Göttingen), Dr. Hammans und der Fraktion der CDU/CSU betr. Berufsaussichten junger Juristen (Drucksache 8/438) beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/550 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 7. Juni 1977 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Warnke, Dr. Unland, Dr. von Bismarck, Niegel, Baron von Wrangel, Dr. Waffenschmidt, Röhner, Dr. Ritz, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Köhler (Wolfsburg), Böhm (Melsungen), Nordlohne, Dr. Freiherr Spies von Büllenheim, Seifers, Frau Tübner, Schröder (Lüneburg), Sauer (Salzgitter), Dr. Waigel, Frau Benedix, Dr. Jenninger und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU betr. Haushaltsmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Drucksache 8/459) beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache 8/564 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat mit Schreiben vom 8. Juni 1977 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hauser (Krefeld), Dr. Zeitel, Lampersbach, Dreyer, Schmidhuber, Sie, Feinendegen, Dr. Hüsch, Dr. Bötsch, Krey, Neuhäus, Haberl, Dr. von Geldern, Frau Pieser, Frau Hoffmann (Hoya), Gersteln, Daweke, Dr. Pinger, Helmarich, Tillmann, Würzbach, Biehle, Franke, Dr. George und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU betr. Schwerbehindertengesetz (Drucksache 8/477) beantwortet. Sein Schreiben wird als Drucksache 8/573 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 14. Juni 1977 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Friedmann, Glos, Carstens (Emstek), Dr. Waigel, Dreyer, Ey, Hauser (Krefeld), Frau Pieser, Niegel, Dr. van Aerssen, Dr. Jenninger und der Fraktion der CDU/CSU betr. Möglichkeiten der Unterstützung mittelständischer Betriebe bei Exportgeschäften (Drucksache 8/476) beantwortet. Sein Schreiben wird als Drucksache 8/578 verteilt.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Forschung und Technologie hat mit Schreiben vom 12. Mai 1977 mitgeteilt, daß der Ausschuß auf eine Beratung der nachstehenden, bereits verkündeten Vorlage verzichtet hat:

Vorschlag eines Beschlusses des Rates zur Festlegung eines Forschungsprogramms auf dem Gebiet Behandlung und Verwertung von Klärschlamm (Drucksache 8/59).

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 25. Mai 1977 mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehende, bereits verkündete Vorlage zur Kenntnis genommen hat:

Verordnung (EWG) Nr. 845/77 des Rates vom 25. April 1977 zur Aufrechterhaltung der Regelung, nach der die Einführen bestimmter Unterleiden aus Gewirken mit Ursprung im Königreich Thailand und in der Republik Philippinen nach Frankreich und in das Vereinigte Königreich genehmigungspflichtig sind (Drucksache 8/289).

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

- a) Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU **Energiebedarf und friedliche Nutzung der Kernenergie**

— Drucksachen 8/156, 8/569 —

- b) Große Anfrage der Abgeordneten Stahl (Kempen), Egert, Konrad, Dr. Meinecke (Hamburg), Meininghaus, Dr. Spöri, Urbaniak, Wolfram (Recklinghausen), Dr.-Ing. Laermann, Dr. Graf Lambsdorff, Wolfgramm (Göttingen), Hoppe und der Fraktionen der SPD, FDP

Energiepolitik

— Drucksachen 8/188, 8/570 —

Das Wort zur Begründung und als erster Redner in der Aussprache hat der Abgeordnete Dr. Riesenhuber.

Dr. Riesenhuber (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der CDU/CSU-Fraktion möchte ich die Große Anfrage zum Thema „Energiebedarf und friedliche Nutzung der Kernenergie“ begründen. Wir haben unsere Große Anfrage in einer Zeit widersprüchlicher Absichten der Regierung und der sie tragenden Parteien eingebracht. Herr Friderichs hält 30 000 MW Kernenergie bis 1985 für erforderlich. Herr Matthöfer hält 15 000 bis 20 000 MW für möglich. Der Wirtschaftsminister des größten Bundeslandes, Herr Riemer

Dr. Riesenhuber

- (A) (FDP), forderte die vorläufige Ablösung der Kernenergie durch die Kohle. Herr Eppler spricht vom Nullwachstum. Der Parteitag der SPD Niedersachsen und nun auch die FDP Baden-Württembergs verlangen den Baustopp für Kernkraftwerke. Der Bundeskanzler erklärt sich für zügigen Ausbau. Der SPD-Vorstand Schleswig-Holsteins will den Ausbau der Kernenergie beenden.

(Stahl [Kempen] [SPD]: Herr Riesenhuber, zählen Sie doch einmal die Widersprüche in Ihrer Partei auf!)

— Wir haben die Große Anfrage eingebracht, Herr Kollege Stahl, um Klarheit über die **Absichten der Bundesregierung** zu schaffen; denn die Bundesregierung regiert in diesem Land, und sie hat die Klarheit ihrer Politik zu begründen.

(Beifall bei der CDU/CSU — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Wir haben Ihnen Ihre Konzeptionslosigkeit nachgewiesen!)

Wir wollen vor allem klären, ob sich die Politik der Bundesregierung in dieser Frage Energiepolitik noch auf die Parteien stützen kann, die die Bundesregierung tragen.

(Sehr wahr! bei der CDU/CSU)

Die Antwort der Bundesregierung hat diese Klarheit nicht gebracht.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Sie haben das nicht richtig gelesen!)

- (B) — Die Bundesregierung zitiert **Prognosen der Institute**, und die haben wir sehr wohl gelesen. Die Bundesregierung sagt nicht, ob sie diese Prognosen ihrer Politik zugrunde legt. Die Bundesregierung sagt nicht, welche politischen Ziele sie aus diesen Prognosen ableitet. Die Bundesregierung bekräftigt nicht einmal ihre eigenen Grundlinien und Eckwerte der Energiepolitik.

(Lenzer [CDU/CSU]: Wofür werden die eigentlich bezahlt?)

Wir bedauern das.

Wesentlichen Zielen, wie die Eckwerte sie festlegen, stimmen wir zu.

(Zuruf von der SPD: Aha! — Stahl [Kempen] [SPD]: Wenigstens etwas!)

Wir vermissen ein definiertes Gesamtpaket von Maßnahmen. Die Bundesregierung prüft, und während die Bundesregierung prüft, verfestigt sich die Arbeitslosigkeit, und es werden schätzungsweise Investitionen in Höhe von 30 Milliarden DM wegen der **Verzögerung der Genehmigung von Kernkraftwerken**, und genauso von Kohlekraftwerken, nicht vorgenommen. Das ist mehr, als Konjunkturprogramme bewegen können.

Wir sind für sorgfältige Prüfung, aber was diese Regierung an Entscheidungen heute versäumt, das bezahlt das ganze deutsche Volk.

(Beifall bei der CDU/CSU — Stahl [Kempen] [SPD]: Das ist doch wieder die alte Platte, die ihr da auflegt! — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Die Platte der fünfziger und sechziger Jahre!)

— In den fünfziger und sechziger Jahren haben wir der internationalen Konkurrenz standgehalten. (C)

(Stahl [Kempen] [SPD]: Nein, damals hätten Sie die Energiepolitik einleiten sollen!)

— Wir wollen doch nicht darüber streiten, ob wir Produktivitätsfortschritt brauchen. **Produktivitätsfortschritt** heißt auch Freisetzung von Arbeitskräften.

Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, brauchen wir **Wirtschaftswachstum**. Seine Qualität wandelt sich ständig nach den Entscheidungen des Marktes und des Staates.

Wirtschaftswachstum aber bedeutet auch **Wachstum des Energiebedarfs**.

Um den Energiebedarf zu sichern, brauchen wir Kontinuität bei den notwendigen energiepolitischen Entscheidungen. Nur dann können die gesetzlichen Maßnahmen, die das Wachstum überhaupt erst ermöglichen, aufeinander abgestimmt werden.

Nun gibt es Leute in der SPD, die meinen, auf Wachstum könne man verzichten. Tatsächlich aber brauchen wir jedes Prozent eines Wachstums, das in den nächsten Jahren ohnehin allenfalls durchschnittlich 5 % erreichen kann.

Heinz Oskar Vetter erklärte für den DGB — ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten —:

Es kann nicht sein, daß die Arbeitnehmer für energiepolitische Versäumnisse und Kurzsichtigkeiten mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haftbar gemacht werden sollen. (D)

Genauso ist es. Hier liegt ein Maßstab für die Politik der Bundesregierung, an dem sie gemessen werden wird.

(Beifall bei der CDU/CSU — Stahl [Kempen] [SPD]: Erzählen Sie doch keine Räuberpistolen!)

Unsere Chance, Arbeitslosigkeit zu beseitigen, liegt im Wachstum. Das Zahlenwerk der Bundesregierung selbst weist nach, daß das Netz unserer **sozialen Sicherheit** überhaupt nur hält im **Wachstum**. Umweltschutz ist nur finanzierbar unter den Bedingungen des Wachstums. Das gilt nicht nur für künftige neue Fabriken, das gilt auch für den Ausgleich früherer Vergeudung der Umwelt, für den Abbau der Überlastung unserer Flüsse, für den Ersatz umweltbelastender alter Steinkohlekraftwerke. Die Politik trägt die Verantwortung für die Qualität dieses Wachstums.

Wenn wir aber Wirtschaftswachstum brauchen, wenn wir Energiewachstum brauchen, dann sind unsere Wahlfreiheiten begrenzt. Der **Beitrag** der großen **heimischen Energieträger, Steinkohle und Braunkohle**, ist grundlegend.

(Hört! Hört! bei der SPD)

Wir brauchen sie. Wir wollen die Förderkapazität erhalten, bei der Steinkohle langfristig ausbauen. Die jüngsten Verträge zur Steinkohleversendung und zur Planung des Braunkohleeinsatzes haben gezeigt, wo für absehbare Zeit die Grenzen liegen.

Dr. Riesenhuber

- (A) **Erdgas** wird knapper. Die deutschen Reserven sind wie beim Erdöl gering.

Die Grenzen der Erdölreserven zeichnen sich weltweit ab. **Erdöl** ist Rohstoff. Es kann auch Waffe sein und wurde als Waffe benutzt. Die Abhängigkeit von den Förderländern müssen wir stetig vermindern.

Wir haben die Bundesregierung nach dem möglichen **Beitrag der Kernfusion** gefragt.

(Stahl [Kempen] [SPD]: Fragen tun Sie immer, aber mitarbeiten wollen Sie nicht!)

— Wenn wir regieren, geben wir die Antworten. Wenn aber die Bundesregierung regiert, soll sie die Antworten geben, oder sie soll abtreten.

(Beifall bei der CDU/CSU — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Und wo sind Ihre Alternativen?)

— Zu den Alternativen nur eine Bemerkung: Sie reden dauernd davon. Wir stellen hier fest, daß wir in wesentlichen Zielen übereinstimmen. Es geht nur darum, ob die Bundesregierung imstande und bereit ist, diese Ziele durchzusetzen, und ob auch die Parteien, die die Bundesregierung tragen, diese Ziele vertreten. Genau das aber ist heute nicht mehr gesichert, und das gefährdet unsere Politik auf diesem Gebiet.

(Stahl [Kempen] [SPD]: Vielleicht sprechen Sie einmal mit dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten!)

- (B) Wir haben nach dem möglichen Beitrag der Kernfusion gefragt. Wir halten diese Forschung für dringlich. Sie darf nicht an europäischen Spannungen scheitern. Ihr Erfolg ist offen. Ein Beitrag ist vor der Jahrtausendwende kaum zu erwarten.

Wir haben die Bundesregierung nach den **neuen, nichtnuklearen Energien**, nach der Sonnenenergie auch in Form von Wind und Gezeiten, von Boden, Wasser und Luft gefragt. Ihr Beitrag kann auf absehbare Fristen nicht groß sein. Doch diese Energien sind umweltfreundlich und unerschöpflich. Sie zu erschließen, ist großer Anstrengungen wert. In ihrem Energieforschungsprogramm und besonders gern in der Öffentlichkeit spricht die Bundesregierung von diesen neuen Energien. Tatsache bleibt, daß 94 % der Forschungsmittel für Kernspaltung, Kernfusion und Kohle, aber nur 6 % für die neuen, nichtnuklearen Energien vorgesehen sind.

(Stahl [Kempen] [SPD]: Aber Herr Riesenhuber, Sie kennen die Zahlen besser!)

Wir respektieren den hohen technischen Sachverstand des **Energieforschungsprogramms**. Die Fülle der Projekte und ihre Qualität sind eindrucksvoll. Was wir aber brauchen, ist ein Programm, wie diese neuen Energien im Rahmen unserer sozialen Marktwirtschaft in die Praxis umgesetzt werden.

Der Streit geht um die **Prioritäten**. Das gilt für die neuen, nichtnuklearen Energien. Das gilt aber auch für die Großprojekte. Nach den heute vorliegenden Planungen werden wir den Hochtemperaturreaktor und seine Prozeßwärme früher, den Schnellen Brüter gegebenenfalls später brauchen, als die heutigen

- (C) Zeitpläne es vorsehen. Mittelfristig bleibt der rationelle Einsatz von Energie.

Die Bundesregierung stellt fest, daß der Energieverbrauch, den wir für jedes Prozent Wirtschaftswachstum benötigen, bis 1985 abnehmen wird. Wenn dies erreicht wird, ist es nicht vor allem Leistung der Bundesregierung. Es ist ein Erfolg der Industrie, die den spezifischen Energieeinsatz unter dem gesunden Zwang der Marktwirtschaft ständig gesenkt hat.

(Stahl [Kempen] [SPD]: Sie müssen doch besser sagen: Es ist ein Erfolg der CDU/CSU)

— Wir wissen genau, was Sache der Parteien, was Sache des Marktes und was Sache der Regierung ist. Wir wären sehr dankbar, wenn Sie dies immer in der gleichen Präzision unterscheiden könnten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was vorgelegt wird, ist eine Fortschreibung von Trends zur teilweisen Sättigung des Energie- und besonders des Strombedarfs des Haushalts. Was wir aber brauchen, ist ein umfassendes, realistisches **Konzept für die Einsparung von Energie**, auch wenn wir wissen, daß wir damit nur die Zuwachsraten mindern können. Dieser Maßnahmenkatalog liegt nicht vor.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Haben Sie die Antworten nicht gelesen?)

Will die Bundesregierung z. B. darauf hinwirken, daß Dampferzeuger der Industrie über Wärme-Kraft-Koppelung in die Stromversorgung einbezogen werden? Was bedeutet dies für das Wegerecht beim Strom? Was bedeutet dies für die Vorschrift über Kohlefeuerung von Stromerzeugern mit einer Leistung von über 10 MW?

(D) Hat die Bundesregierung ein Konzept, wie der Wärmeverbrauch der Haushalte — einer der größten Blocks unseres gesamten Energiebedarfs — langfristig nicht nur durch Einzelvorschriften gemindert, sondern überhaupt gesichert werden soll?

(Stahl [Kempen] [SPD]: Ja, das hat sie!)

— Wenn ja, so soll sie es vorlegen.

Welche Rolle spielen hier Strom, Gas und Fernwärme, wenn der Kampf um die letzten Kohlenwasserstoffe tatsächlich schon vor dem Ende des Jahrhunderts ausbricht?

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Wollen Sie Planung und Zuteilung von Quoten?)

Hat die Bundesregierung eine Vorstellung davon, was dies für die Planungsrechte der Länder und Gemeinden, für Anschlußzwang und für Versorgungspflicht bedeutet?

Die Bundesregierung prüft. Sie prüft seit Jahren. Sie kündigt uns neue Prüfungen an. Das kann kein Ersatz für Politik sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Rationeller Einsatz von Primärenergie ist — das wissen wir sehr wohl — nicht schon Einsparung von Strom. Einsatz elektrisch betriebener Wärmepum-

Dr. Riesenhuber

(A) pen spart insgesamt Energie, verbraucht aber zusätzlich Strom. Kraftwerke mit Fernwärmeerzeugung sparen Primärenergie. Sie kosten Stromkapazität. Diese Lücke ist zu schließen.

Am 13. Mai 1976 hat der Bundestag eine gemeinsame Entschließung verabschiedet. Für uns gilt diese Erklärung nach wie vor. Wir treten für die **friedliche Nutzung der Kernenergie** unter Bedingungen des Schutzes von Leben und Gesundheit ein. Wenn aber die damals geforderte Gesamtstrategie zur Sicherung der Energieversorgung nicht bloße Deklamation bleiben soll, dann muß der Beitrag der Kernenergie konkret und in Zahlen ausgewiesen werden.

Kernspaltung hat uns eine sichere Energiequelle erschlossen. **Kernspaltung** ist heute die Energie, bei der der Preis des Brennstoffs am kleinsten und der Wert des Sachverstands am höchsten ist. Kernenergie trägt nicht deswegen wesentlich den Zuwachs, weil sie billig ist. Sie ist die einzige Alternative, die uns für mittlere Fristen bleibt.

Es ist offen, welche Energie langfristig die Zukunft sichert — eine Brüterwirtschaft, Kernfusion oder die Sonne. Aber **Kohle und Kohlewasserstoff** sind unersetzliche Rohstoffe der Chemie, groß in der Menge, was die Kohle betrifft, aber begrenzt und nicht regenerierbar. **Uran** hingegen hat keinen anderen Einsatz als für Energie. Es schont unsere Kohle, aber auch Erdöl und Gas. Es kann unsere Abhängigkeit von Lieferländern vermindern. Es kann sie verteilen.

(B) Dies alles setzt voraus, daß die Regierung ihre Uranpolitik klärt. Das **Atomprogramm** hat Aussagen hierzu enthalten. Das Atomprogramm ist ausgelaufen. In den Eckwerten ausführliche Kapitel über Erdöl, Kohle und Gas. Kein Wort über Uran. Exploration soll ab 1980 laut Forschungsministerium nicht mehr gefördert werden. Die letzten Monate ermutigen nicht unbedingt, auf einen frei funktionierenden Markt allein zu vertrauen.

(Hört! Hört! bei der SPD)

Wir halten die Probleme für lösbar.

Aber worauf setzt die Regierung? Die Regierung muß festlegen, welchen Anteil — das hat sie im Atomprogramm gesagt — sie glaubt, auf dem Markt kaufen zu können, welchen **Anteil aus eigenen Quellen** mit deutscher Beteiligung, und wie diese Beteiligung zu sichern ist.

Kernspaltung kann helfen, eine kritische Zeit am Ende der Ära des Erdöls zu überbrücken. Unsere Verantwortung ist, daß sie eingesetzt wird ohne Gefahr für Gesundheit, für Leben, für uns, für unsere Kinder und Enkel.

Die Messung der Emissionen an laufenden Kraftwerken sind in Ordnung. Was wir brauchen, ist die höchste Sicherheit, die technisch vernünftig erreichbar ist, gegen jede Störung des Betriebs. Wenn wir mit den **Anforderungen an Sicherheit** heute international in der Spitze liegen, dann ist das nicht das Ende einer Entwicklung, sondern die beste Grundlage für eine weitere Sicherheitsforschung. Sie wird betrieben.

(C) Hier steht die grundsätzliche Diskussion zu den fortgeschrittenen Reaktorsystemen noch aus. Die Einführung von Schnellen Brütern und Hochtemperaturreaktoren wird sich auch daran entscheiden, wie die Frage ihrer Sicherheit zu beantworten ist.

Wir brauchen **Wiederaufarbeitung**. Sie ist technisch zu bewältigen. Sie muß und sie kann im Strompreis bezahlt werden. Wir wollen sie nicht deshalb, weil sie Spaltstoff zurückgewinnt. Sie bringt Plutonium an die einzig sichere Stelle: in den Reaktor, wo es verbrennt. Sie erbringt Endabfälle, die sicher gelagert werden können, die nicht in Jahrzehntausenden, sondern in Jahrhunderten zerfallen.

Das Konzept, Wiederaufarbeitung und Endlagerung an eine einzige Stelle zu setzen, ist richtig. Wir vermeiden Transport und Risiken. Die Salzstöcke Niedersachsens sind zur Endlagerung vorzüglich geeignet. Das bestimmt den Standort.

(Zuruf von der SPD: Was sagt Herr Albrecht?)

Die Landesregierung Niedersachsens prüft mit großer Sorgfalt den Standort Gorleben.

(Zuruf von der SPD: Prüft! — Stahl [Kempen] [SPD]: Das müssen Sie doch zugeben, daß die Landesregierung von Niedersachsen, vor allem der Ministerpräsident, in dieser Sache kneift!)

— Herr Stahl, was wir erwarten und nach den geltenden Gesetzen erwarten dürfen, ist, daß die Bundesregierung sich definitiv zum Standort äußert. Das ist die Verpflichtung der Bundesregierung, (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

und hier soll sie entscheiden. Das sagen die Gesetze.

Erstmalig vor einem Jahr hat die Bundesregierung erklärt, die **Entsorgung könne Bedingung für die Genehmigung neuer Kernkraftwerke** sein, erstmalig vor einem Jahr! Die Bürgerinitiativen griffen es auf. Die Gerichte sind dem gefolgt. Wenn heute die Zeit drängt, dann offensichtlich doch wohl deshalb, weil die Bundesregierung sich über Jahre nicht hinreichend um die Entsorgungsprobleme gesorgt hat. Ich spreche hier nicht von der Förderung der Projekte, sondern ich spreche von der Einbindung in eine langfristige Planung, die ein Konzept zum Wirtschaftswachstum und ein Konzept zum Umweltschutz vernünftig zusammenfaßt.

Zwischenlagerung der Brennelemente ist möglich, Wiederaufarbeitung ist nötig. Aber aus ihrem Zeitplan ergibt sich kein logischer Zwang zum Baustopp der Kernkraftwerke. Sorgfältige Prüfung in Niedersachsen gewährt größtmögliche Sicherheit der Endlagerung, aber auch die technische Lösung noch anstehender Einzelfragen. Verkürzung der Zeitpläne auf Kosten der Sicherheit lehnen wir ab.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

So haben wir die Möglichkeit einer Technik, die wir verantworten können. Wir brauchen den Zu-

Dr. Riesenhuber

- (A) wachs an Energie. Was fehlt, sind die eindeutigen politischen Zielgrößen.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Sie haben nichts gelesen!)

— Ich habe es sehr wohl gelesen, und ich habe auch festgestellt, daß in den Grundlinien und Eckwerten präzise Ziele genannt werden, die hernach nur noch als Prognosen der Institute zitiert werden, mit denen die Bundesregierung sich insoweit nicht identifiziert.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Die Zeitpläne für den Kraftwerksbau, ohnehin langfristig, sind längst nicht mehr wirtschaftlich oder technisch bestimmt. Terminführend ist heute das Genehmigungsverfahren. Es begründet das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Es ist unverzichtbar. Wieweit es aber die Zeitpläne verzögert, weiß heute niemand mehr. Zu welchem Ergebnis die Verfahren führen, wird zunehmend unberechenbar.

Wir brauchen klare Normen und rechtsverbindliche Verordnungen. Das gilt für Sicherheit und für Umweltschutz, und das gilt für Kohle ebenso wie für Kernkraft. Wo klare Normen fehlen, werden die Gerichte überfordert. Die Rechtssicherheit wächst nicht, sie nimmt ab.

Was wir brauchen, sind durchsichtigere und straffere Genehmigungsverfahren.

(Zuruf von der SPD: Machen Sie mal einen Vorschlag!)

(B)

Wie aber will die Bundesregierung die Notwendigkeit dieser Straffung dem Bürger überzeugend begründen, der die Verkürzung seiner Rechte befürchtet, wenn sie nicht gleichzeitig klarstellt, wie viele Kraftwerke bis wann sie für nötig hält? Die Undeutlichkeit des politischen Willens der Regierung ist zu einer Belastung all unserer Planung in der Wirtschaft geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf des Abg. Stahl [Kempen] [SPD])

— Politische Entschlüsse werden nicht durchgehalten, und das wissen Sie, Herr Stahl, genauso wie ich. An einem Freitag erklärt die Bundesregierung im Ausschuß, die Entwicklung des Schnellen Brüters werde unverändert fortgeführt, ein Entscheidungsbedarf bestehe nicht. Nach dem Wochenende erfahren wir aus der Zeitung die Absicht, 122 Millionen DM zu sperren. Das ist keine Frage des Schnellen Brüters. Das ist eine Frage der politischen Kraft, Entscheidungen zu fällen und nach der Einsicht in ihre Notwendigkeit auch durchzuhalten. Nur auf dieser Grundlage geht Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Die sind ja nicht handlungsfähig!)

Eine Regierung, die sich von sechs Abgeordneten erpressen läßt, regiert nur noch partiell.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Ein Ordnungsruf!)

(C) Sie hat den Führungsauftrag, den sie vom ganzen deutschen Volk erhalten hat, teilweise an eine Minderheit abgetreten und damit ihre grundsätzlichen Rechte verfehlt.

Präsident Carstens: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stahl?

Dr. Riesenhuber (CDU/CSU): Jawohl.

Stahl (Kempen) (SPD): Herr Kollege Riesenhuber, geben Sie zu, daß selbst Mitglieder Ihrer Fraktion im Ausschuß dem Fragenkatalog teilweise zugestimmt haben, den wir zum Thema Schneller Brüter aufgestellt und sogar noch durch Anregungen Ihrer Fraktionskollegen erweitert haben, und daß weitgehend Einverständnis darüber bestand, daß wir den Komplex Schneller Brüter sehr genau prüfen sollten und derzeit noch keine klare Entscheidung gefällt werden könne? Offensichtlich wollen Sie das jetzt nicht mehr wahrhaben.

(Dr. Narjes [CDU/CSU]: Fragen Sie die Jusos!)

Dr. Riesenhuber (CDU/CSU): Herr Abgeordneter Stahl, ich möchte Ihnen eindeutig sagen: In der Sache kann man nach der einen oder der anderen Seite entscheiden. Unmöglich ist, daß Herr Minister Matthöfer vor dem Ausschuß erklärt, was die Bundesregierung will, und diesen Beschluß der Bundesregierung nach offensichtlichen Pressionen aus der Partei über das Wochenende ohne Sachberatungen im Ausschuß modifiziert. So können wir miteinander keine Politik machen. Das ist die Antwort auf Ihre Frage. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Carstens: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Matthöfer?

Dr. Riesenhuber (CDU/CSU): Bitte sehr, Herr Minister.

Matthöfer (SPD): Herr Abgeordneter Riesenhuber, stimmen Sie mir zu, daß es nicht Aufgabe der Bundesregierung ist, 122 Millionen DM zu sperren, sondern daß das Aufgabe des Deutschen Bundestages, nämlich seines Haushaltsausschusses, ist und die Bundesregierung mit dieser Debatte insofern nicht das geringste zu tun hatte

(Lachen bei der CDU/CSU — Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Was soll denn das?)

— ich verstehe, Herr Abgeordneter Riesenhuber, daß Sie als junger Parlamentarier vielleicht noch nicht die Arbeitsteilung kennen — —

(Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Sie sollten sich an die Regeln des Parlaments halten!)

Präsident Carstens: Herr Abgeordneter, stellen Sie bitte eine kurze Frage; so sieht es die Geschäftsordnung des Bundestages vor.

(A) **Matthöfer (SPD):** Jeder Abgeordnete hat das Recht, eine Frage zu stellen. Wenn er dabei durch Zurufe aus den Reihen hinter ihm gestört wird, ist das unhöflich.

(Zurufe von der CDU/CSU: Frage!)

Ich frage Sie noch einmal, Herr Abgeordneter Riesenhuber: Stimmen Sie mir zu, daß es Aufgabe des Haushaltsausschusses ist,

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU: Frage!)

Mittel zu sperren oder nicht zu sperren, daß die Bundesregierung solche Anträge nicht zu stellen hat,

(Dr. Jenninger [CDU/CSU]: Natürlich! Die Bundesregierung kann jederzeit Anträge stellen!)

sondern daß sie ihre Vorlage zu vertreten hat und daß der Haushaltsausschuß im vergangenen Jahr Mittel für den Hochtemperaturreaktor gesperrt, in diesem Jahre aber keine Mittel für den Schnellen Brüter gesperrt hat?

(Dr. Probst [CDU/CSU]: Eine Glanzleistung!)

Dr. Riesenhuber (CDU/CSU): Herr Minister, ich möchte zunächst feststellen, daß wir die Rechte des Parlaments nie bestritten haben. Ich möchte zweitens feststellen, daß die Bundesregierung nach dem Wochenende eine klare Meinungsäußerung in der Sache geändert hat. Das vermisste ich: daß die Bundesregierung das, was sie am Freitag für richtig gehalten hat, auch noch am Montag vertritt. Hierüber streiten wir uns.

(Beifall bei der CDU/CSU — Matthöfer [SPD]: Ich werde Ihnen noch antworten!)

Die Regierung ist nicht imstande, die Großen Anfragen zur Energiepolitik zeitgerecht zu beantworten. Das Wirtschaftsministerium erarbeitet Kompendien für die FDP, das Forschungsministerium — Ihr Haus, Herr Matthöfer — einen Leitfaden für die SPD. Die Frage ist, ob sich die Regierung heute vordringlich mit dem **Widerspruch innerhalb der Regierungsparteien** oder mit den **Existenzfragen des deutschen Volkes** befaßt. Diese Frage ist von der Regierung nicht beantwortet worden, und die Antwort darauf ist auch nicht aus der Beantwortung der Großen Anfragen erkennbar geworden.

(Lenzer [CDU/CSU]: Aus der Frage von Herrn Matthöfer ist das auch nicht deutlicher geworden! — Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Nicht einmal Beifall erhalten Sie dafür!)

Hier ist ein Ursprung der Sorge vieler **Bürgerinitiativen**. Sie richten sich vordergründig gegen Kernkraft und Kohle.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Hier steht „oder“!)

— Es freut mich, daß Sie meine Rede vorher sorgfältig gelesen haben. Die Qualität Ihrer Zwischen-

rufe wurde dadurch allerdings nicht unbedingt erhöht.

(Beifall bei der CDU/CSU — Stahl [Kempen] [SPD]: Aber es bleibt doch vieles offen, Herr Riesenhuber!)

Unabhängig davon, ob die Sorgen der Bürgerinitiativen vordergründig der Kernkraft und Kohle gelten: sie sind zugleich Zeichen eines Mißtrauens gegen die Verantwortlichkeit der Verantwortlichen. **Außerparlamentarische** Opposition ist schon einmal entstanden. Sie entsteht dann, wenn sich der Bürger in der offiziellen Politik nicht wiedererkennt. Außerparlamentarische Opposition wird gefährlich, wenn sich das Parlament nicht artikuliert. Deshalb haben wir auf dieser Debatte zu diesem Zeitpunkt bestanden. Außerparlamentarische Opposition wird vor allem gefährlich, wenn der Standort der Regierung nicht klar erkennbar ist. Hier liegt der tiefere Grund dafür, daß — und das ist eine Tatsache — die **Zweifel an der Kernenergie** in den letzten Monaten gewachsen sind. Es ist eine weitere Tatsache, daß diese Zweifel unsere künftige Energiepolitik und damit unsere gesamte Wirtschaftspolitik beeinträchtigen können.

Bürgerinitiativen können eine wichtige Funktion haben. Wir anerkennen das moralische Engagement der Idealisten. Wir werden nicht dulden, daß es von Extremisten ausgebeutet wird. Wir achten die Entscheidung zur Askese bei jedem, der sie für sich selbst trifft. Deshalb dulden wir nicht die Gewalt. Wenn der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins in Brokdorf für unsere rechtsstaatliche Ordnung eintritt,

(Zuruf von der SPD: Ausgerechnet der!)

dann handelt er mutiger und zugleich humaner als eine Regierung, die nur beschwichtigt.

(Beifall bei der CDU/CSU — Stahl [Kempen] [SPD]: Also, das ist der letzte Heuler! Das muß man ja doch wohl sagen!)

Denn in einem haben die Idealisten der Bürgerinitiativen recht: Energiepolitik ist nicht nur Sache der Technik, der Wirtschaft oder der Politik. Was die Bürgerinitiativen sagen, ist, daß **Energiepolitik** auch sei eine **Frage der politischen Moral**. Die Frage nach der Moral unserer Entscheidungen darf nicht technokratisch abgeschmettert werden.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Das sagen Sie einmal Herrn Stoltenberg!)

— Ich glaube, daß der Mut, für eine richtige Entscheidung einzutreten, das moralisch Richtige ist.

(Stahl [Kempen] [SPD]: Aber das ist doch widersprüchlich, was Sie soeben gesagt haben!)

Ich glaube, daß es falsch ist, sich vor einer Entscheidung zu drücken. Hier unterscheiden wir uns.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Regieren heißt, Ziele aus Werten zu begründen und durchzusetzen. Moral aber heißt, verantwortlich die Erde zu nutzen, nicht Verzicht auf Gestaltung. Deshalb Kernkraft, aber gesichert. Deshalb Entsorgung. Deshalb Steinkohlekraftwerke, aber ent-

(D)

Dr. Riesenhuber

- (A) staubt und entschwefelt. Deshalb rationeller Energieeinsatz, deshalb die Forschung nach neuen Energien. Die Moral, die die Bürgerinitiativen fordern, heißt auch, die Chance zu mehr Gerechtigkeit zu eröffnen. **Gerechtere Verteilung des Wohlstands** in Deutschland und unter den Völkern der Erde ist schwer genug, wenn Zuwachs verteilt werden soll; sie ist fast unmöglich bei Stagnation.

Eine ethisch begründete Politik bedingt **Rücksichtnahme auf die sich entwickelnden Länder**. Sie brauchen die Chance zur eigenen Industrie. Sie brauchen den Zugang zur Energie. Sie haben keine Chance im Wettlauf um die letzten Erdölreserven, wenn die Industrieländer Energie nicht sparen und Kernenergie nicht einsetzen. Sie haben schon jetzt in steigenden Erdölpreisen mehr verloren, als die gesamte Entwicklungshilfe gebracht hat.

Wir tragen die Verantwortung für unsere Kinder und Enkel. Der Planet, den wir vererben, darf kein Planet der verwüsteten Umwelt und der erschöpften Reserven sein. Die Rückkehr zur Idylle ist uns verschlossen. Es bleibt die Pflicht, Technik zu entwickeln und die Randbedingungen politisch rechtzeitig und eindeutig zu setzen.

Deutschlands Bodenfläche ist klein, Deutschland ist dichtbesiedelt, klimatisch nicht besonders günstig gelegen, mit schmalem Zugang zum Reichtum des Meeres. Deutschland ist arm an Bodenschätzen — mit Ausnahme der Kohle. Deutschlands Kapital sind langfristig die praktische Vernunft, der Sachverstand und die sichere, umweltfreundliche, wirtschaftliche und insgesamt konkurrenzfähige Technik.

(B)

(Stahl [Kempfen] [SPD]: Genau! Und das haben wir seit langem getan, und wir sorgen auch künftig dafür!)

Deutschland will Partner sein für viele Länder. Partnerschaft heißt Gegenleistung und Leistung.

Was wir einbringen können, ist **Kapital**, sind vor allem aber auch die **Kenntnisse** unserer Facharbeiter, unserer Wirtschaftler, unserer Wissenschaftler. Diese Leistung kann nur dann entstehen, wenn wir alle Bürger unseres Landes mit der **Technik** ausöhnen. Dies wird gelingen, wenn aller Sachverstand zu ihrer Sicherheit, zu ihrer Weiterentwicklung und zur **Prüfung der Alternativen** eingesetzt wird. Dies setzt eine sachgerechte, entschlossene, einmütig vertretene Politik derer voraus, die jeweils Verantwortung tragen. Für eine solche Politik sind wir zur Partnerschaft bereit. Eine Regierung, die ihre Pflicht nicht tut, eine Regierung, die nicht tatkräftig regiert, hat uns zum Gegner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Debatte soll klären, wo die Regierung steht. Deshalb haben wir die Große Anfrage eingebracht, und deshalb legen wir heute dem Hohen Haus unseren Entschließungsantrag vor.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Carstens: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt (Wattenscheid).

Schmidt (Wattenscheid) (SPD): Herr Präsident! (C) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Kolleginnen und Kollegen! Wir, die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten in diesem Hause, haben unsere Große Anfrage an die Regierung aus zwei Gründen gestellt: erstens natürlich, weil wir wissen wollten, wie in diesem Augenblick die Bundesregierung zu den Themen, nach denen wir fragen, steht, welchen **Wissens- und Erkenntnisstand** sie jetzt besitzt und was wir, die wir in diesem Hause die politische Verantwortung unserem Volke gegenüber tragen, an **Schlußfolgerungen** für jenes ja noch kommende entscheidende energiepolitische Unternehmen, die Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, ziehen können.

Wir, die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten in diesem Hause, meinten zweitens, es sei richtig und vernünftig und ein guter Dienst an den 60 Millionen Bürgern unseres Landes, daß wir umgekehrt die Regierung wissen lassen, spüren und erkennen lassen, wie zu den Themen der Anfrage, aber nicht nur dazu, die Haltung der Fraktionen dieses Hauses ist.

Wir führen nach unserer Ansicht eine wichtige Debatte. Von der Energiepolitik hängt mehr ab, als wir uns manchmal in der Hektik unserer täglichen Pflichterfüllung eingestehen können und als sich manche in unserem Land auch eingestehen wollen. Wir meinten auch, daß die heutige Diskussion um diese lebenswichtigen Fragen nicht nur für die, in deren Dienst wir unmittelbar stehen, d. h. für die jetzigen Bürger unseres Landes, sondern auch für die, die nach uns kommen, eine wichtige, eine außerordentlich bedeutsame **Signalfunktion** haben kann und nach unserer Meinung sogar haben soll, damit die vielen gutwilligen und bereitwilligen Menschen in unserem Lande auch jetzt, vor der Fortschreibung des Energieprogramms, eine Orientierung für ihr ganz persönliches Verhalten bekommen; denn davon hängt vieles ab. (D)

Es kommt, meine Kolleginnen und Kollegen, heute wie überhaupt in der Energiepolitik zwar natürlich in vorderster Linie, aber nicht nur darauf an, daß man logische, vernünftige, richtige Gedanken und Argumente austauscht. Bei dem Engagement vieler Bürger in unserem Land kommt es, wenn wir unserer Führungsrolle gerecht werden wollen, verehrter Herr Kollege Riesenhuber, sehr darauf an, wie wir unsere Gedanken austauschen und wie wir miteinander umgehen. Falls es uns gelingt — wir Sozialdemokraten rechnen damit, daß es uns gelingt —, über dieses für die Bürger in unserem Land lebenswichtige Thema, wenn schon darüber gestritten werden muß, in nobler Form zu diskutieren, dann wird eine gute Signalwirkung nach draußen gehen und dann werden viele, die sich engagiert haben, sich nicht nur an dem Argument als solchem, sondern, wie wir fest glauben, auch an der Art und Weise orientieren, wie wir einander diese Gedanken und Argumente zurufen. Von den heutigen wie von künftigen energiepolitischen Unterhaltungen und Debatten in diesem Haus kann eine nachhaltig positive Wirkung ausgehen. Unser Beitrag soll sein, daß sie von heute in der Tat ausgeht.